

Mario Keßler

Antike und moderne Demokratie bei Arthur Rosenberg

Vortrag am 13. Mai 2004 in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

Das Ansehen des Historikers Arthur Rosenberg (1889–1943) gründet sich vor allem auf seine Arbeiten über Aufstieg und Fall der Weimarer Republik, zur Geschichte des Bolschewismus sowie über den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus. Doch arbeitete Rosenberg während eines eher kurzen Lebens auf bemerkenswert unterschiedlichen Gebieten: Geboren im kaiserlichen Berlin, erlangte er früh einen guten Ruf als produktiver Althistoriker. Nach dem radikalen Bruch mit seinem Herkunftsmilieu am Ende des Ersten Weltkrieges wurde er in den zwanziger Jahren ein führender kommunistischer Politiker. 1927 verließ er die kommunistische Bewegung. Danach profilierte er sich als unermüdlich publizierender Zeithistoriker, dessen Werke noch immer aufgelegt und gelesen werden.¹

Die folgenden Bemerkungen suchen vor dem biographischen Hintergrund einen zentralen Aspekt von Rosenbergs Denken zu beleuchten: seine Untersuchungen zum Problem der Demokratie in verschiedenen Geschichtsepochen. Ursprünglich kein Demokrat, sondern ein Bewunderer des kaiserlichen Deutschland, wurde Rosenberg einer der wenigen Historiker, der „die Rolle sozialer und ökonomischer Prozesse bei der Ausformung des autoritären Charakters der deutschen Politik hervorhob“ und von dort zu bahnbrechenden, in seiner Zeit oft abgelehnten Erkenntnissen über die sich wandelnden Inhalte der Demokratie kam.²

1 Vgl. Helmut Schachenmeyer, *Arthur Rosenberg als Vertreter des Historischen Materialismus*, Wiesbaden 1964; Rudolf W. Müller/Gert Schäfer (Hg.), *Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung*, Göttingen/Zürich 1986; Lorenzo Riberi, *Arthur Rosenberg. Democrazia e socialismo tra storia e politica*, Milano 2001; Mario Keßler, *Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943)*, Köln etc. 2003.

2 Georg G. Iggers, *The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present*, Middletown, CT 1983, S. 273.

I.

Arthur Rosenberg wurde am 19. Dezember 1889 in einer Familie des unteren Mittelstandes geboren und protestantisch getauft. Sein Vater Georg Henry, ein Geschäftsmann, und seine Mutter Helene waren „assimilierte“ Juden.

1907 bestand er sein Abitur am Askanischen Gymnasium in Berlin. Bis 1911 studierte er Alte Geschichte und Altphilologie an der Berliner Universität. Dort schloß er sich eng seinem Lehrer Eduard Meyer an. Meyer und Otto Hirschfeld begutachteten seine Dissertation über *Untersuchungen zur römischen Zenturienverfassung*.³ Bereits 1914 habilitierte er sich mit der Arbeit *Der Staat der alten Italiker. Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker*, in der er die unterschiedlichen Regierungsformen in verschiedenen Stadtgemeinden des vorrömischen Italiens untersuchte.

Rosenberg war gerade Privatdozent geworden, als der Erste Weltkrieg begann. 1915 wurde er zur Armee eingezogen und diente krankheitshalber die meiste Zeit im Kriegspresseamt, doch auch bei den rückwärtigen Diensten an der Westfront. Wie viele Deutsche seiner Generation verlor er alle Illusionen über die alte Ordnung, die für vier Jahre eines gegenseitigen Tötens auf Europas Schlachtfeldern stand. Er gehörte zur Minderheit derer, die im sozialistischen Internationalismus eine Alternative zum Nationalismus sahen. So wurde er im November 1918 Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich zwei Jahre darauf spaltete. Ihr linker Flügel, zu dem Rosenberg gehörte, schloß sich der Kommunistischen Partei Deutschlands an. Anfang 1921 wurde er zum kommunistischen Stadtverordneten für Berlin gewählt. Er wurde durch seine Auftritte auf KPD-Parteitag bekannt. Im August 1922 erklärte er: „Wir gehen großen Perioden heftiger Kämpfe entgegen“; dies werde „zu großen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führen...“⁴ Er ignorierte die Tatsache, daß diese Politik der unrühmlichen Märzaktion von 1921 zugrunde gelegen und zu einer Katastrophe für die deutschen Kommunisten geführt hatte, da diese von der Mehrheit der deutschen Arbeiter isoliert geblieben waren. Sogar die neuerliche Niederlage im Herbst 1923 konnte seine Haltung, daß Deutschland für eine kommunistische Revolution reif sei, nicht erschüttern. Folglich gehörte er zur Linksopposition

3 Über Rosenberg als Althistoriker vgl. Carl Christ, *Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1982; Luciano Canfora, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart 1995.

4 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 22.–26. August 1921, Berlin 1921, S. 346.

um Ruth Fischer und Arkadij Maslow, die sich gegen die realistischere Politik der Parteiführung um Heinrich Brandler und August Thalheimer wandten.

Im Frühjahr 1924 übernahm die bisherige Linksoption die Parteiführung. Nun rückte Rosenberg in Schlüsselpositionen auf. Er wurde in die Leitung des Partebezirks Berlin-Brandenburg gewählt und stieg in die Parteizentrale auf. Im Mai 1924 wurde er Reichstagsabgeordneter. Auf dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde er im Juli 1924 zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt. Er schrieb zahlreiche Artikel für die Komintern-Presse zu Fragen der internationalen Beziehungen und trat auf KPD-Veranstaltungen in ganz Deutschland auf.

In einer Rede in Chemnitz erklärte er, daß es nicht von Bedeutung sei, ob die Partei ein oder zwei Millionen Stimmen bei dem „parlamentarischen Affentheater“ verliere. Die einzige Aufgabe sei die Bewahrung des Geistes der Revolution und der proletarischen Organisation.⁵ Im Mai 1925 kritisierte er sogar Fischer und Maslow, die in Übereinstimmung mit der Komintern-Führung eine relative Stabilisierung der kapitalistischen Welt konstatiert hatten.

Rosenberg hielt bis zum Herbst 1925 an dieser Haltung fest. Seitdem rückte er immer weiter davon ab. In der Atmosphäre der Stabilisierung in der Mitte der zwanziger Jahre begriff er schließlich, daß für revolutionäre Abenteuer kein Raum war. Einige Jahre später konstatierte Rosenberg für jene Zeit eine „eigenartige Mischung von Friedfertigkeit und Sowjetbegeisterung“, aber keinen Wunsch nach einer bolschewistischen Revolution in Deutschland.⁶

Diese Art der Analyse brachte Rosenberg zunächst in Kontakt mit der von Ernst Thälmann geführten Fraktion. Thälmann, der früher den Ultralinken verbunden gewesen war, schien jetzt für die Strömung in der KPD zu stehen, die sich mehr an der Realität orientierte. Rosenberg, der hinsichtlich der inneren Entwicklung der Sowjetunion eine allmählich immer kritischere Haltung einnahm, hoffte auch, daß eine KPD-Führung mit Thälmann gegenüber der sowjetischen Parteiführung eine unabhängige Position beziehen werde.

Am 26. April 1927 trat Rosenberg aus der KPD aus. In einem offenen Brief nannte er die kommunistische Niederlage in China und die Unterordnung der verschiedenen kommunistischen Parteien unter die Moskauer Politik als Gründe für seinen Schritt.⁷ Er blieb fraktionsloser Abgeordneter des

5 Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. (1950), S. 505. Ähnlich auch Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, hg. und eingeleitet von Hermann Weber, Köln 1979, S. 122.

6 Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S. 181.

7 Vgl. Rosenbergs „Austrittserklärung“ in: Vorwärts, 27. April 1927.

Reichstages. Nunmehr kritisierte Rosenberg die KPD und ihre „romantische Phraseologie, die nicht im entferntesten eine reale Bedrohung der bestehenden Staatsordnung darstellt.“⁸

II.

Nach den Reichstagswahlen von 1928 verlor Rosenberg sein Abgeordnetenmandat. Um seine Familie – seine Frau Ella und die Kinder Liselott und Wolfgang – ernähren zu können, nahm er eine Stelle als Lehrer am Köllnischen Gymnasium an. Diese Schule war durch die progressiven Bildungsreformen der SPD-geführten preußischen Regierung und des Berliner Magistrats geprägt. Gleichzeitig unterrichtete er als Privatdozent an der Berliner Universität.

Neben seiner Lehrtätigkeit machte sich Rosenberg einen Namen als Verfasser alt- wie zeithistorischer Werke. Neben einer Reihe spezieller Untersuchungen besonders zur Geschichte der römischen Republik publizierte er 1921 eine Broschüre mit dem programmatischen Titel *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*. Sie richtete sich an einen nichtakademischen Leserkreis und war Produkt von Rosenbergs zeitweiliger Tätigkeit an der Berliner Volkshochschule. Das pädagogische Ziel der Schrift bestand darin, seit 1918 allgemein verwendete Begriffe wie „Demokratie“, „Diktatur“ und „Klassenkampf“ in ihrer historischen Entwicklung zu beleuchten, indem er sie auf die antike Welt anwandte. So interpretierte Rosenberg die Beseitigung der Tyrannis in Athen durch Kleisthenes 510 v.d.Z. und die Einführung einer Verfassung als „Ausbau der bürgerlichen Demokratie“, die doch, was auch seinen Hörern und Lesern bewußt gewesen sein mußte, an das moderne Nationalstaatsprinzip gebunden ist.⁹ Ephialtes, der Führer des radikalen Flügels, der mit einer Verfassungsreform 463–461 die Volksversammlung zum wichtigsten Gremium erhob, wurde als Führer einer proletarischen Kampfpartei gepriesen. Diese „Selbstregierung des Volkes“ zog allerdings keine Sozialisierung der gesellschaftlich wichtigsten Produktionsmittel nach sich. Diese Forderung „kann erst erwachsen, wenn der industrielle Großbetrieb da ist, und der fehlte in Athen durchaus. Und die vielen Hunderte von kleinen Betrieben konnte man gar nicht in den Besitz der Allgemeinheit überführen, weil sich kein Apparat hätte schaffen lassen, um diese Kleinbetriebe nach ihrer Übernahme durch den Staat weiter zu leiten... Die Eroberung der poli-

8 Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, 2. Juli 1927, Bd. 393, S. 11181.

9 Neuausgabe: Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*/Fritz Erik Hoevens, *Roter Leitfadens durch die römische Geschichte*, Freiburg (Breisgau) 1997, S. 26.

tischen Macht konnte also nicht direkt durch die Sozialisierung, sondern nur indirekt die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern.“¹⁰

Hier, wie z.B. im Abschnitt über „die kapitalistische Reichsregierung in der römischen Kaiserzeit“ zeigt sich, ungeachtet manch anregender Interpretation, wie wenig moderne politische Kampfbegriffe die strukturellen Merkmale der griechischen und römischen Geschichte präzise erklären können. Rosenberg sah die Rolle der Kleinproduzenten und der Freien in der antiken Wirtschaft durchaus richtig, begriff aber nicht den Kompromiß, den Ephialtes (und Perikles) zwischen der oligarchischen Aristokratie und den neuen besitzenden Schichten aushandelten, um auf dieser Grundlage dann die Nichtbesitzenden in den Staat einzubinden. Die durch den Kompromiß zustande gekommene „Elite“ hatte nichts mit der modernen Kapitalistenklasse gemein.

III.

Bedeutender wurden Rosenbergs Versuche, nach seiner Trennung von der KPD die Marxsche Gesellschaftsanalyse auf die neuere deutsche und europäische Geschichte anzuwenden. In seinem Buch über *Die Entstehung der deutschen Republik* entwickelte Rosenberg 1928 die Theorie von „zwei Revolutionen“ während des Krieges. Die erste, so schrieb er, sei die Errichtung der *de-facto* militärischen Diktatur durch Hindenburg und Ludendorff im Jahre 1916 gewesen. Sie habe den Kaiser wie den Reichstag auf eine bloß symbolische Rolle reduziert. Die zweite Revolution sei der Zerfall der Obersten Heeresleitung im Oktober 1918 gewesen, wodurch die Macht auf die nichtrevolutionäre deutsche Mittelklasse übergegangen sei, die die Monarchie abschaffen wollte. Doch die Aktionen der Arbeiter- und Soldatenräte schufen die Voraussetzungen für die Entstehung der deutschen Republik. Der überwiegende Teil der Räte, so Rosenberg, „war in seiner Mehrheit weder proletarisch noch sozialistisch, noch wollte er eine Diktatur ausüben.“ Mit der Abdankung des Kaisers hatte die bürgerliche Republik in Deutschland gesiegt. „Die Anhänger der sozialistischen Revolution hatten sich nicht durchsetzen können.“¹¹

Rosenbergs Analyse war nicht nur gegen die Hohenzollern-Verehrung gerichtet, sondern benannte auch die Konstruktionsfehler der Bismarckschen Reichsgründung: Der politische Handlungsunwille des Bürgertums und das halbabsolutistische Staatsverständnis des Junkertums und des Militärs be-

10 Ebenda, S. 39.

11 Rosenberg, *Die Entstehung der Weimarer Republik*, S. 242.

dingten einander, führten aber langfristig zum Untergang des Reiches. Unter den etablierten deutschen Historikern stieß das Buch auf schärfste Kritik. Rosenbergs früherer Förderer Eduard Meyer, der inzwischen zu einem verbissenen Gegner geworden war, zeichnete hauptsächlich dafür verantwortlich, daß Rosenberg niemals auf eine ordentliche Professur an der Berliner Universität berufen wurde. 1930 gelang es dem preußischen Kultusminister wenigstens, Rosenbergs Ernennung zum außerplanmäßigen Professor gegen den Widerstand der großen Mehrheit in der Fakultät durchzusetzen.¹²

Rosenbergs 1932 erschienene *Geschichte des Bolschewismus*, die erste seriöse Untersuchung zum Thema, basierte auf seiner Erfahrung als führender KPD-Politiker. Dennoch stellte er klar, daß er „das Buch keiner Partei oder Gruppe zu Liebe geschrieben“ und „kein Bedürfnis zu ‚Enthüllungen‘ und zu ‚Abrechnungen‘, habe. „Wer in meinem Buch Anekdoten über Stalin und die ‚Schreckenskammern‘ der GPU sucht, wird sehr enttäuscht sein.“¹³

Rosenberg sah den Sozialismus von Marx und Engels geradezu als Bemühen, die Werte des Liberalismus – garantierte Freiheit für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft – durch politisches Handeln der Massen zur Geltung zu bringen. Die Masse wollte die Früchte der Freiheit und Gleichheit genießen, die ihnen von den Liberalen versprochen wurden. „Sie wollte die Demokratie, die Selbstregierung der Masse unter Wegfall aller Privilegien der alten feudalen Herren so gut wie des neuen Großbürgertums.“¹⁴ Demokratische Ideen waren zuerst politische Ideen, aber der Sozialismus fügte ihnen den Willen zur Wirtschaftsreform hinzu, schuf eine Theorie und stand bei der Herausbildung von Massenparteien Pate.

Unter den gesellschaftlichen Bedingungen Rußlands seien aber die Massen ohne eine Partei von Berufsrevolutionären zu revolutionärem Handeln unfähig. Rosenberg bezeichnete Lenins Parteikonzeption als fortschrittlich für das Rußland der Zaren. So fortschrittlich diese für Rußland sei, so reaktionär sei sie jedoch für den Westen, wo die bürgerliche Revolution bereits durchgeführt worden war und ein gut ausgebildetes Industrieproletariat sowie eine gebildete Mittelklasse die Mehrheit der Bevölkerung stellten. „Die heroischen Taten der russischen Arbeiter von 1917 bis 1920 haben vorübergehend die bolschewistische Rückständigkeit verschleiert und den Eindruck erweckt, als sei der Bolschewismus die gegebene Form der allgemein-proletarischen Re-

12 Vgl. Andreas Wirsching, Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933, in: Historische Zeitschrift, Bd. 269, 1999, S. 561–602.

13 Neuausgabe: Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt a. M. 1975, S. 46f.

14 Ebenda, S. 55.

volution... Aber im Laufe der Zeit hat sich immer mehr die Unmöglichkeit gezeigt, die Führung des Weltproletariats der Regierung des russischen Agrarstaats zu übertragen. So trennten sich der russische Staat und die internationale Arbeiterschaft wieder, und die Stalinsche Theorie vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ ist nur der Ausdruck für diese Tatsache.“¹⁵ In Rußland bestünden, so Rosenberg, „nebeneinander eine staatskapitalistische Wirklichkeit und eine proletarische Mythologie.“¹⁶ Die KPD-Presse denunzierte Rosenberg als angeblich „von hoher überparteilicher Warte“ urteilenden „objektiven“ Historiker, der indes bloß „seine konterrevolutionären Pfeile besser abschießen“ wolle, ein emigrierter russischer Historiker sah das Buch als Propagandawerk, als „Kompendium der positiven Urteile des Bolschewismus über sich selbst.“¹⁷

Unmittelbar nach Erscheinen der *Geschichte des Bolschewismus* war Hitler Reichskanzler geworden. Rosenberg gehörte zu den ersten, die aus ihrem Geburtsland flüchten mußten.

IV.

Im März 1933 verließ Arthur Rosenberg mit seiner Familie Berlin. Während eines kurzen Aufenthaltes in Zürich schrieb er die Broschüre *Der Faschismus als Massenbewegung*. Die Stärke dieser Arbeit lag in Rosenbergs Bemühungen, den Faschismus in vergleichender Perspektive zu analysieren. Doch ermangelte sein Faschismus-Begriff der Differenzierung, denn Rosenberg sah drei Varianten deutscher Faschisten: die Nazis, die traditionellen deutschen Nationalisten und, überraschenderweise, die um den früheren Reichskanzler Brüning gescharten *Volkskonservativen*. Er bezeichnete sogar die Regierung Cuno aus dem Jahre 1923 als den „Sieg des legalen Faschismus“. Für Rosenberg war der Faschist „der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution.“¹⁸

15 Ebenda, S. 260.

16 Ebenda, S. 202.

17 Kurt Sauerland, Geschichtsfälscher am Werk, in: Der Rote Aufbau, 1932, Nr. 18, S. 829ff.; Iwan Iljin, Rezension von Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, in: Deutsche Literaturzeitung, 1933, Nr. 13, Sp. 583ff.

18 Arthur Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, Wiederabdruck in: Ders., Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1974, S. 224.

Bereits 1935 korrigierte Rosenberg manche dieser Urteile. In seiner *Geschichte der deutschen Republik* sah er das Kabinett Cuno als „eine Regierung des Großkapitals... Man konnte von Cuno billigerweise nicht erwarten, daß er eine Arbeiterpolitik machen würde.“¹⁹

Rosenberg arbeitete in diesem Werk den Mangel an demokratischen Traditionen als Hauptursache der Niederlage der deutschen Revolution von 1918 heraus. „Eine lebendige Demokratie, eine ernsthafte Selbstregierung der Massen, war bisher dem deutschen Volk fremd gewesen. Der staatliche Beamtenapparat beherrschte das öffentliche Leben, und auch die sogenannte kommunale Selbstverwaltung konnte ihm kein Gegengewicht bieten. Denn die großen Pläne des Freiherrn vom Stein, in Preußen eine bürgerliche Selbstregierung aufzurichten, waren nach Steins Rücktritt verkümmert und verdorben worden... So fehlte den deutschen Volksmassen jede praktische Erfahrung darin, wie sie selbstverantwortlich ihre Angelegenheiten besorgen sollten. Der bürokratische Apparat in den öffentlichen Angelegenheiten hatte eine Tradition von vielen Jahrhunderten. Es schien kaum denkbar, daß man ihn durch einen revolutionären Sturm überwinden könnte. Die wirkliche Demokratie besteht aber nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel, sondern in der aktiven Selbstregierung der Massen. So war die Frage nach der Überwindung des bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben oder Tod der deutschen Demokratie.“²⁰

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich im November 1918 spontan in ganz Deutschland bildeten, hofften auf die Verankerung einer wirklichen Massendemokratie und entscheidende Wirtschaftsreformen. Rosenberg schrieb, „daß der Ruf nach dem Sozialismus nicht eine Ursache, sondern eine Folge der Novemberrevolution gewesen ist... Was man im einzelnen unter Sozialisierung verstehen wollte, darüber bestanden freilich die größten Meinungsverschiedenheiten. Aber darüber war man sich klar, daß jede Form einer Plan- oder Gemeinwirtschaft nur dann Erfolge erzielen konnte, wenn sie die produzierenden Massen zur lebendigen Mitwirkung mobilisierte. Die gegebenen Organe, um im Betrieb den plan- und gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu vertreten, waren aber die Räte.“²¹ Doch die Funktionäre der Mehrheitssozialisten begriffen nicht, daß die Räte und der Bolschewismus in keiner Weise identisch waren, sondern fühlten sich von den Aktivitäten der Räte bedroht. Sie wünschten eine Art der Verbindung zwischen den Räten

19 Neuausgabe: Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, Zitat S. 125.

20 Ebenda, S. 18.

21 Ebenda, S. 19.

und der Nationalversammlung. Sie hätten sich mit schrittweisen Sozialisierungsmaßnahmen zufrieden gegeben, an deren Beginn die Nationalisierung der Bergwerke gestanden hätte.

Der militante Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, die Spartakusgruppe, war sogar innerhalb der Bewegung weitgehend isoliert. Ihre Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht machten sich über den Charakter der Revolution keine Illusionen. Anders als den meisten ihrer Anhänger wurde ihnen klar, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes zu dieser Zeit mit der parlamentarischen Republik vollauf zufrieden war. „Der Tod Luxemburgs und Liebknechts war ein außerordentlich schwerer Verlust für die sozialistische Arbeiterbewegung, denn beide Persönlichkeiten waren die Träger eines wissenschaftlich begründeten, die realen Umstände würdigenden und doch konsequenten Sozialismus. Bei längerem Leben hätten sie doch die Trennung von den Utopisten in der eigenen Partei vollziehen müssen, und sie wären die gegebenen Führer der entschieden sozialistischen Millionenbewegung im deutschen Proletariat geworden. Vor allem aber hätten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Führer der KPD sich niemals zu Werkzeugen russischer Staatspolitik mißbrauchen lassen.“²²

Zur Niederwerfung des Januaraufstandes, den die Spartakisten entgegen der Warnung Luxemburgs ausgelöst hatten, riefen Noske, Ebert und Scheidemann die Freikorps zu Hilfe. Damit begingen sie, wie Rosenberg – hier sogar beschönigend – schrieb, „den entscheidenden Fehler.“ Die Regierung hätte „sich in erster Linie auf die sozialistisch-demokratischen Truppen stützen müssen“ und es „nicht nötig gehabt, die Gefangenen der militärischen Gegenrevolution zu werden... Die Offiziere der alten Armee stellten immer neue Freikorps auf, die Ansätze der demokratischen Truppenteile ließ man verkümmern, und bald hatte die deutsche Republik ein gegenrevolutionäres, von kaiserlichen Offizieren geführtes Heer.“²³ Durch die starke Stellung des antidemokratischen Militarismus sei die Weimarer Republik von Anfang an todkrank und zum Untergang verurteilt gewesen.

Rosenberg begann noch in der Schweiz mit der Niederschrift des Buches. Er schloß sie 1935 in Liverpool ab. Die Universität Liverpool bot ihm einen Lehrauftrag für Neue Geschichte, sah sich aber nicht imstande, ihm eine dauerhafte Stellung zu geben. So verließ Rosenberg England 1937 und ging in die USA, der letzten Station seines Lebens.

22 Ebenda, S. 62.

23 Ebenda, S. 60.

V.

Im Oktober 1937 kam die Familie Rosenberg, wozu nun auch der anderthalbjährige Sohn Peter gehörte, in New York an. Einige Wochen später nahm Rosenberg seine Lehrtätigkeit am Brooklyn College auf. Aus England hatte er das Manuskript für ein neues Buch mitgebracht: *Demokratie und Sozialismus*. Es erschien 1938 in Amsterdam.

Wie in seinen früheren Büchern hob Rosenberg darin die Bedeutung der sozialen Konflikte und Klassenkämpfe für die moderne Geschichte hervor. Die europäische Demokratie habe eine zweieinhalb Jahrtausende zählende Tradition, schrieb Rosenberg. „Die griechische Staatswissenschaft beschäftigte sich auch schon mit der Frage, ob jeder Staat eine Demokratie sei, in dem der Wille der Mehrheit der Bürger entscheidet; ganz gleich, wie diese Mehrheit sich zusammensetzt, und wie sie zustande kommt oder ob ein bestimmter Klassencharakter zur Demokratie gehört. Aristoteles, der größte Staatsdenker des Altertums, beantwortete die Frage so, daß die Demokratie weiter nichts sei als die Herrschaft der Armen im Staat, ebenso wie die Oligarchie die Herrschaft der Reichen!“²⁴

Doch habe die geschichtliche Entwicklung immer neue Formen der Demokratie hervorgerufen. So zeigten sich im Mittelalter demokratische Formen in den städtischen Kommunen. Im Übergang zur Neuzeit würden die radikalen religiösen Sekten die Träger demokratischer Gedanken, betonte Rosenberg, was indes dem oft elitären Charakter der chiliastischen Bewegungen nicht genügend Rechnung trug. Die moderne bürgerliche Gesellschaft sei durch den Dualismus des Machtstrebens der Bourgeoisie und radikal-demokratische Volksbewegungen gekennzeichnet. Die Interessen der Bauern und armen Städter seien mit denen des Bürgertums nicht identisch gewesen. Der soziale Gegensatz führe deshalb zur Instabilität der bürgerlichen Demokratie.

Rosenberg suchte nach den Gründen für den Zusammenbruch der liberalen Demokratie in so vielen Ländern nach 1918 und bot seinen Leserinnen und Lesern eine Typologie der modernen Demokratie. Er unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie. Während die erstgenannte bislang nur programmatisch existiere, keinesfalls in der Sowjetunion, habe die letztere verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen. Frankreich unter Robespierre und die USA unter Jefferson existierten, so Rosenberg, als „soziale Demokratien“, die sich als Alternative zur feudalen und kapitalistischen

24 Arthur Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus*, (Neuausgabe) Frankfurt a. M. 1988, S. 15.

Oligarchie verstanden hätten. Hier unterschätzte Rosenberg allerdings den Klassencharakter der Vereinigten Staaten und Frankreichs am Ende des 18. Jahrhunderts. Die anderen drei Formen bürgerlicher Demokratie hätten den Klassenkampf zugunsten eines sozialen Kompromisses zwischen der Oberklasse und dem Volk zu überwinden gesucht – entweder in Form einer imperialistischen oder einer liberalen Demokratie. England unter Disraeli habe die imperialistische, die skandinavischen Staaten und die Schweiz hätten die liberale Variante verkörpert. Rosenberg sah die Vereinigten Staaten bis 1890 und die britischen Dominions als Beispiele einer dritten Form, der kolonialen Demokratie, an. Die liberale Demokratie würde die Klassenkonflikte zugunsten einer Politik des sozialen Ausgleiches erfolgreich entschärfen.

Rosenberg bemerkte, in Frankreich konnten die radikal gesinnten Arbeiter nicht vergessen, daß sowohl die Junischlacht von 1848 als auch die Niederwerfung der Kommune von 1871 mit Billigung einer Versammlung des allgemeinen Stimmrechts erfolgt war. „Napoleon III. hatte sich des allgemeinen Stimmrechts bedient, um seinem abenteuerlichen Kaisertum immer wieder den Schein der populären Zustimmung zu geben... Den Monarchien und der besitzenden Oberschicht erschien jetzt das allgemeine Stimmrecht gar nicht mehr als eine so große Gefahr. Auf der andern Seite zweifelten gerade radikale Arbeiterschichten daran, daß es jemals möglich sein würde, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die wahren Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Soweit die Demokratie und das allgemeine Stimmrecht als notwendig zusammengehörende Faktoren galten, begann in dieser Periode die Verflachung und Entwertung des Begriffs der Demokratie, die bis zur Gegenwart anhält. Man begann unter der Demokratie nicht mehr die aktive Selbstregierung der werktätigen Massen als Mittel zu ihrer politischen und sozialen Befreiung zu sehen, sondern nur noch eine kapitalistische Staatsform, die sich durch ein Parlament des allgemeinen Stimmrechts auszeichnet, aber sonst den Massen positiv nichts nützt.“²⁵ Als Konsequenz dieser Entwicklung habe die Demokratie ihre Verankerung in den Massen verloren.

Beachtenswert ist Rosenbergs damalige Hinwendung zum Linkszionismus. In den USA nahm er Verbindung zum Studentenverband *Avukah* (Fackel) auf und gab Kurse über Geschichte und Politik in dessen Sommerlager in Liberty im Staate New York. Am 22. Juni 1941 hielt Rosenberg dort eine Vorlesung, die sein geändertes Verhältnis zur Sowjetunion zeigt. Er sagte:

25 Ebenda, S. 186.

„Das totalitäre System ist genau dasselbe wie das heutige Sowjetsystem, und ob Diktatoren einander mögen oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Die totalitäre Idee ist die Idee einer Staatswirtschaft ohne persönliche Freiheit. Die Masse des Volkes muß der Staatsbürokratie dienen und erhält dafür als Gegenleistung ein Stück an Sicherheit.“ Das bedeutete keinen Verzicht Rosenbergs auf eine Klassenanalyse. „Die Position der Kapitalisten innerhalb des Staates unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Rußland wurde der individuelle Kapitalismus ausgemerzt, während in Deutschland und Italien die meisten privaten Kapitalisten eine bedeutende Position innerhalb der Staatsmaschine innehaben. An der Spitze einer totalitären Staatswirtschaft steht ein Diktator.“ Die Aufgabe der Juden sei es heute, so Rosenberg, „sich politisch zu engagieren. Erstens, nationale Politik in Palästina, zweitens, Weltpolitik, um den Faschismus zu bekämpfen – denn Faschismus und Totalitarismus sind die schlimmsten Feinde menschlicher und insbesondere jüdischer Prinzipien.“ In Palästina werde die „demokratische Front“ durch die Arbeiter-, Histadrut- und Kibbutzbewegung vertreten. „Andererseits haben wir einen Kern von Faschisten, die Revisionisten... Die Revisionisten bilden unter uns den Feind, der die demokratischen Kräfte unter den Juden unterminiert und das Tor für die Feinde öffnet, wann immer dies möglich ist.“²⁶

Am nächsten Tag hielt Rosenberg wiederum eine Vorlesung – in einer ganz anderen Lesart, denn nun mußte er den deutschen Überfall auf die Sowjetunion in Rechnung stellen. Er unterschätzte das Potential der Sowjetunion keineswegs. „Gewiß ist die deutsche Wirtschaft sehr leistungsfähig. Andererseits ist die sowjetische Armee nicht gar so schlecht.“ Rosenberg sagte, Hitler könne nicht das Symbol der Arbeitermacht angreifen und gleichzeitig den deutschen Arbeitern grandiose Versprechungen machen. „Rußland ist als Staat, nicht als Verkörperung einer Weltanschauung, angegriffen worden. In seiner Kriegserklärung hat Hitler demnach nicht den Bolschewismus angegriffen. Hätte er dies getan, würde er Schwierigkeiten mit der Armee bekommen.“²⁷ Rosenberg war sich nicht über die Kriegsziele im Klaren, die Hitler und die deutschen Generäle aneinander banden. Seine Bemerkungen zum Totalitarismus vom Vortage wiederholte er aber nicht. Zuletzt intensivierte er sogar seine Kontakte zum KPD-Exil in den USA: Anfang 1942 gehörte er zu den Gründern der *German Emergency Conference*, aus der später der *Council*

26 Arthur Rosenberg, Why Should Jews Have a Political Program, in: Avukah Cooperative Summer School, Summary of Lecture. Manuskript in: New York Public Library, Dorot Jewish Division (Übersetzung im Anhang zu Keßler, Arthur Rosenberg, S. 277–280).

27 Arthur Rosenberg, The War Situation. Ebenda.

for a Democratic Germany hervorging, in dem die KPD den stärksten Einfluß besaß.

Rosenberg unterrichtete weiterhin am Brooklyn College, das ihm 1941 eine Festanstellung bot, wenngleich diese nur sehr schlecht bezahlt war. Aber im Herbst 1942 verschlimmerte sich sein angespannter gesundheitlicher Zustand. Er erkrankte an Krebs und erlag dem Leiden am 7. März 1943. Der Nachruf des Brooklyn College hob hervor, die Studenten liebten ihren Lehrer Arthur Rosenberg „und strömten geradezu in seine Seminare und Vorlesungen. Er war immer ein Freund und ein Gelehrter. Er brachte Geschichte zum Leben.“²⁸

Wie nur wenige andere Zeitgenossen sah Rosenberg die Widersprüche zwischen der ökonomischen Basis der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem demokratisch-zivilgesellschaftlichen Rahmen. Die Arbeiterbewegung müsse die Möglichkeiten des Parlaments nutzen und gegen die antidemokratische Rechte verteidigen, schrieb er 1935. „Aber eine politische Bewegung, die sich nur auf die Stimmzettel verläßt und alle anderen Faktoren vernachlässigt, kann böse Enttäuschungen erleben. Eine Parlamentsmehrheit ist ohnmächtig, wenn sie z.B. die Armee und die entscheidenden Wirtschaftsmächte gegen sich hat. Nur wenn der Rhythmus des parlamentarischen Lebens mit dem der übrigen gesellschaftlichen Kräfte übereinstimmt, kann eine Demokratie wirklich funktionieren.“²⁹

„Das Unglück der deutschen Sozialisten“, hob Rosenberg schon 1933 hervor, „kam nicht daher, daß sie für die Demokratie eintraten, sondern daß sie sich mit zu wenig Demokratie zufrieden gaben... In der deutschen Republik bestanden nicht allein die großkapitalistischen Wirtschaftsmächte und der feudale Grundbesitz ungestört weiter, sondern die Armee war ein Staat im Staate, die Verwaltung, die Justiz, die Volksbildung waren von demokratischen Kräften kaum berührt.“ Die Lehre des Zusammenbruchs der deutschen Republik könne nur sein, daß die arbeitenden Menschen „sich eine *richtige Demokratie* erkämpfen und sich nicht mit der halben Demokratie begnügen“ werden.³⁰

28 Brooklyn College Vanguard, 1943, Nr. 1, S. 1 und 8.

29 Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 13.

30 Arthur Rosenberg, Zum 9. November (1933), in: Ders., Demokratie und Klassenkampf, S. 214. Hervorhebung im Text.